

## Türkei und EU - „Rot-Grün spielt falsch“

In wenigen Tagen, am 17. Dezember 2004, wird der Europäische Rat auf dem EU-Gipfel in Brüssel über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei befinden.

Einer der Befürworter der EU-Mitgliedschaft der Türkei, Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac, hält mittlerweile auch die seitens der CDU befürwortete privilegierte Mitgliedschaft für einen gangbaren Weg. Nicht so der deutsche Bundeskanzler. Erst vor wenigen Tagen sagte Schröder: „Wenn wir Beitrittsverhandlungen sagen, meinen wir auch Beitrittsverhandlungen und nicht irgendetwas,

was darunter liegt.“ Der Berliner Europaparlamentarier, Ingo Schmitt (CDU) erklärt dazu: „Die Bundesregierung und Kommissar Verheugen streuen den Deutschen Sand in die Augen, wenn sie behaupten, dass der Beginn von Verhandlungen keineswegs zum Beitritt der Türkei führen müsste.“ So etwas habe es noch nie gegeben und werde es auch nicht geben, denn der politische

Flurschaden wäre immens. „Rot-Grün spielt hier falsch“. Mit dem offiziellen Start der Gespräche sei es vielmehr nur noch eine Frage der Zeit, so Schmitt. Der Beginn von Verhandlungen sei auch nicht gerechtfertigt, denn die Türkei erfülle bis heute nicht Voraussetzungen des EU-Beitritts. Nach wie vor könne von einem funktionierenden Rechtsstaat keine Rede sein.



Ingo Schmitt

Minderheitenrechte, Bürgerrechte und Pressefreiheit würden weiter verletzt. Ingo Schmitt: „Nicht zuletzt deshalb war es in den vergangenen Monaten so schwer, den Kalifen von Köln, Metin Kaplan, abzuschieben.“ Aber auch die Europäische Union selbst sieht Ingo Schmitt nicht in der Lage, nach der größten Erweiterungsrunde ihrer Geschichte die Türkei als das dann größte Land mit den größten Problemen aufzunehmen. Die EU stehe vor der schwierigsten Integrationsleistung seit ihrem Bestehen und habe auch finanziell die Grenze der Belastbarkeit bereits jetzt nahezu erreicht.

## Nicolas Zimmer: „Berlin ist olympiareif“

Fortsetzung von Seite 1

In dieser Euphorie vollzieht Woweriteinen Kurswechsel und befürwortet eine Olympiabewerbung Berlins. Noch vor drei Jahren hat der SPD/PDS-Senat einer Bewerbung für die Ausrichtung der Spiele 2012 trotz heftiger Proteste der Opposition und Wirtschaft eine klare Absage erteilt. Offensichtlich setzt sich im Senat langsam die Erkenntnis durch, dass Olympische Spiele Berlin



Nicolas Zimmer, Vorsitzender der Berliner CDU-Fraktion

doch gut zu Gesicht stehen und die Hauptstadt reif dafür ist. Die CDU-Fraktion wird den Senat bei seinen Bemühungen unterstützen. Ob die Hauptstadt sich für 2016 oder 2020 bewerben soll, ist dabei zunächst zweitrangig. Vielmehr geht es jetzt um ein grundsätzliches Bekenntnis für die Spiele und um die notwendige Unterstützung aller gesellschaftlichen und politischen Gruppen. Geklärt werden muss dabei vor

allem die Rolle des Bundes und der Länder, die diese Aufgabe auch aus finanzieller Sicht als gemeinsame Aufgabe und als gemeinsames Ziel begreifen müssen. Olympische Spiele bedeuten wie schon die Fußball-Weltmeisterschaft und die Leichtathletik-WM einen enormen Wachstumsschub für Wirtschaft, Sport und den Tourismus und strahlen auf ganz Deutschland aus.

Von Nicolas Zimmer

### LÄNDERFUSION

## Falsches Signal

Der Vorstoß des Berliner SPD-Fraktionsvorsitzenden Müller zur faktischen Aufgabe der Fusionspläne für Berlin-Brandenburg ist nach Ansicht des Berliner CDU-Landesvorsitzenden Joachim Zeller eine politische Kapitulation und ein



Joachim Zeller

falsches Signal aus Berlin. Die Länderfusion sei das wichtigste Zukunftsprojekt für die gesamte Region, so Zeller. „Die SPD packt es offenbar nicht, politische Vision und Führung zu zeigen. Statt mit gutem Beispiel voran zu gehen, werden die Menschen verunsichert. Es ist höchste Zeit, dass die beiden Regierungschefs jetzt in ihrer Partei ein Machtwort sprechen“, mahnt Zeller.

## Palast der Republik - Kniefall der SPD vor PDS

Die SPD nähert sich in der Frage des Abrisses des Palastes der Republik immer mehr der PDS an. Jetzt haben die Sozialdemokraten auf ihrem Landesparteitag einen Beschluss gefasst. Dazu bezieht der Parlamentarische Geschäftsführer der Berliner CDU-Fraktion, Frank Henkel, in folgendem Namensartikel Stellung:

Auf ihrem vergangenen Landesparteitag haben sich die Delegierten der SPD für den Erhalt des Palastes der Republik ausgesprochen, solange die Finanzierung des Schlosses nicht steht. Dies ist eine eklatante Missachtung des Bundestages, der sich einstimmig für den Abriss ausgesprochen hat. Bemerkens-

wert ist dabei, wie sich die Sozialdemokraten peu à peu von ihrer eigenen Position

und Landesvorsitzenden Müller, der diesen Beschluss kritisiert hat. Bezeichnend

später Müller zum Rücktritt aufgefordert haben, falls er den SPD-Beschluss nicht ak-

riss regelrecht boykottieren, dann ist das ein Armutszeugnis für den Senat und ein Zeichen für die Unfähigkeit von SPD und PDS, aus der Mitte Berlins das zu machen, was sie mit dem Schlossneubau werden muss: Ein lebendiges und historisch authentisches Ensemble, in das urbanes Leben einkehrt. Wowerite muss unmissverständlich klarmachen, dass Berlin den Bundestagsbeschluss mit umsetzt. Er kann sich ein Beispiel an Bundestagspräsident Thierse nehmen, der jüngst ein Finanzierungskonzept für den Schlossneubau vorgeschlagen und sich unmissverständlich für einen Palastabbriss ausgesprochen hat.

Von Frank Henkel



zum Palast distanzieren. Dies ist ein Kniefall der SPD vor dem Koalitionspartner PDS und eine schwere Niederlage für den SPD-Fraktionschef

ist auch, dass ausgerechnet Kultursenator Flierl den Parteitagebeschluss umgehend begrüßt hat und einige SPD-Mitglieder wenige Tage

zeptiert. Die Berliner SPD ist in dieser Frage offensichtlich tief gespalten. Wenn aber schon die politisch verantwortlichen Parteien den Ab-